

Süddeutsche Zeitung, 9.11.2023: Umfrage: AfD kommt in Thüringen auf 34 Prozent. Internet: <https://www.sueddeutsche.de/politik/wahlen-erfurt-umfrage-afd-kommt-in-thueringen-auf-34-prozent-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-231109-99-882552> (2.1.2024).

Tagesschau, 2023: Landesamt für Verfassungsschutz AfD in Sachsen „gesichert rechtsextremistisch“. Internet: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/verfassungsschutz-afd-sachsen-rechtsextremistisch-100.html> (20.2.2024).

Wahlen in Hessen, 2023: Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl in Hessen. Internet: <https://wahlen.hessen.de/endgueltiges-ergebnis-der-landtagswahl-in-hessen> (20.2.2024).

Wilde, Gabriele, 2021: Mit allen Folgen für die demokratische Gesellschaft: Gender-Narrative im AfD-Wahlprogramm 2021. In: *Femina Politica*. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. (30) 1, 119-123.

Anmerkung

- 1 Während in der offiziellen politischen und behördlichen Klassifizierung noch differenziert wird (Einstufung der AfD als rechtsextremer Verdachtsfall durch den Bundesverfassungsschutz, Einstufung als gesichert rechtsextrem durch die Landesverfassungsschutzämter in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt), gilt die AfD in der Rechtsextremismusforschung längst als rechtsextreme Partei, in der es zwar „noch rechtsdemokratische Minderheiten“ gebe, die sich aber in einem fortlaufenden Radikalisierungsprozess befinde (Pfahl-Traugher 2019, 42).

Reproduktive Rechte in Italien: Tamponsteuer und Abtreibungsrecht als Zeichen für Melonis ambivalente Geschlechterpolitik?

JOHANNA M. PANGRITZ

Giorgia Meloni (Fratelli d’Italia) wurde 2022 als Ministerpräsidentin für das italienische Parlament gewählt und setzte sich somit gegen ihre männlichen Konkurrenten Matteo Salvini (Lega) sowie Silvio Berlusconi (Forza Italia) durch. Direkt nach ihrem Amtsantritt wurden die ersten antifeministischen Maßnahmen ihrer rechten Politik sichtbar. Im vorliegenden Beitrag werden diese Entwicklungen nachgezeichnet. Eine grundlegende Maßnahme war die Umbenennung des Ministeriums für Gleichstellung und Familie in Ministerium für Familie, Geburtenrate und Chancengleichheit (Gaweda/Siddi 2023). Die Umstrukturierung des Ministeriums schränkte die Rechte von LGBTQI Menschen in Italien ein und reflektiert so eine heteropatriarchale Politik (ebd.). Aktuell zeigen sich die Auswirkungen dieser Politik besonders für queere Familien: Die Geburtsurkunden von Kindern mit gleichgeschlechtlichen Eltern werden gegenwärtig angefochten. Ziel ist es, nur den ‚leiblichen‘ Elternteil anzuerkennen und den zweiten Elternteil aus der Geburtsurkunde zu entfernen. Hinsichtlich mancher reproduktiver Rechte für Frauen zeigt sich Melonis Politik jedoch

zunächst uneindeutig. Dies wird unter anderem an der Verhandlung der Tamponsteuer sowie dem Paragraphen 194, der das Recht auf Abtreibung regelt, sichtbar.

Die Verhandlung der Tamponsteuer

Die politische Verhandlung der Menstruation kann als Teil von reproduktiven Rechten verstanden werden, da nicht nur Maßnahmen rund um Schwangerschaftsabbrüche, sondern ebenfalls das Feld der reproduktiven Gesundheit Teil davon sind. ‚Menstruation als physiologische Grundlage des (Nicht-)Kinderbekommens‘ (Kluge/Zagel 2023, 126) zeigt sich dementsprechend als relevant für Reproduktionspolitiken. Die politische (Neu-)Aushandlung in verschiedenen europäischen Ländern von Menstruationsurlaub (beispielsweise in Spanien) und der Senkung bzw. Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Hygieneprodukte (wie beispielsweise Schottland), die sogenannte Tampontax, spiegelt die aktuelle Relevanz der Menstruation im Kontext reproduktiver Rechte wider. Dabei wird die Senkung der Tampontax als Teil einer umfassenden Gesundheitsversorgung diskutiert, die versucht, durch Steuersenkungen den Zugang zu Hygieneartikeln und die damit verbundene Periodenarmut zu verbessern. Da also mit der Senkung der Mehrwertsteuer ein Beitrag zur gesundheitlichen Versorgung und sozialen Gleichheit von Menstruierenden geleistet wird, werden solchen Maßnahmen oftmals als Form progressiver Politik bewertet (ebd.).

Auch in Italien wurde in den vergangenen vier Jahren über die Senkung der Tampontax kontrovers diskutiert. Im Jahr 2019 hatte die damalige Kammerpräsidentin Laura Boldrini (Partido Democratica, kurz PD) einen Änderungsantrag zum Steuerdekret von Hygieneprodukten unter dem Motto Hygieneartikel seien keine ‚Luxusgüter, sondern eine Notwendigkeit‘ (X 2019) eingebracht, der später als unzulässig eingestuft wurde: Der Staat wäre nicht in der Lage, die Kosten für die Mehrwertsteuersenkung auf Tampons zu tragen. Bis 2022 hatte Italien mit 22% einen der höchsten Steuersätze auf Hygieneartikel in Europa (Del Vayo/Belmonte 2019).¹ Unter der Regierung von Mario Draghi (parteilos) wurde nach kontinuierlichen Forderungen der PD der Steuersatz von 22% auf 10% reduziert. Auch nach dem Regierungswechsel im Herbst 2022, als Giorgia Meloni das Amt übernahm, war die Tampontax weiterhin Thema im Parlament. Überraschenderweise reduzierte die Regierung unter Meloni den Steuersatz weiter, von 10% auf 5%, und brachte damit das Anliegen, welches zuvor durch die PD maßgeblich hervorgebracht wurde, weiter voran.

Nach einem Jahr Steuersenkung in 2023 auf 5%, entschloss die Regierung unter Meloni die Senkung für die Haushaltsplanung 2024 nicht fortzusetzen. In ihrer Mitteilung an das Parlament von Oktober 2023 geht Meloni auf die hervorgebrachte Kritik der Partei 5 Stelle (5-Sterne Bewegung) ein und verteidigt ihre Entscheidung (Governo Italiano 2023). Hier argumentiert Meloni, dass sie 2023 genutzt habe, um die Senkung der Steuer auf Hygiene- und Kinderprodukte zu beobachten. Dabei habe sie festgestellt, dass diese Senkung einfach nicht funktioniert habe. Was genau Meloni mit ‚nicht funktioniert hat‘ (ebd.) meint, lässt sie offen. Vielmehr nutzt sie in

der Mitteilung an das Parlament die Chance die vorherige Regierung unter Guiseppe Conte (jetzt 5 Stelle) zu kritisieren und sie für neue Schulden im italienischen Haushalt verantwortlich zu machen (ebd.). Ein Post der Fratelli d'Italia auf X (ehemals Twitter) verrät, wofür Melonis Regierung die zusätzlichen Einnahmen aus der Tamponsteuer jedoch verwenden möchte. Laut des Posts sollen die zusätzlichen Einnahmen in Maßnahmen für die Stärkung der Familie und Kinderbetreuung gesteckt werden (X 2023). Somit wird deutlich, dass es nicht um eine grundlegende finanzielle Erleichterung und bessere gesundheitliche Versorgung aller Menstruierenden geht, sondern dem politischen Anspruch von Fratelli d'Italia, die traditionelle Kleinfamilie noch mehr zu unterstützen. Aktuell laufen einige Petitionen, die anstreben die Mehrwertsteuer für Hygieneprodukte wieder auf 5% zu senken.

Recht auf Abtreibung – Paragraph 194

In Italien wird das Recht auf Abtreibung im Paragraphen 194 im Strafgesetzbuch, der seit 1978 besteht, geklärt. Dementsprechend haben Frauen das Recht, ähnlich wie in Deutschland, innerhalb der ersten drei Monate die Schwangerschaft freiwillig und legal zu beenden. Teil des Prozesses ist ein Beratungsgespräch und eine sieben-tägige Bedenkzeit. Obwohl Melonis Regierung innerhalb ihrer Familienpolitik einen besonderen Fokus auf die Reproduktionsfähigkeit von Frauen legt, findet sich in ihrem Parteiprogramm der Fratelli d'Italia von 2022 kein Hinweis darauf, dass Meloni plant, dieses Gesetz zu ändern bzw. abzuschaffen. Vielmehr garantiert das Parteiprogramm eine vollständige Umsetzung des Paragraphen 194, beginnend bei der Prävention (Fratelli d'Italia 2022). Vor allem den Teil der Prävention will Meloni ausweiten bzw. stärker implementieren. So betont sie in einem Video auf ihrem persönlichen TikTok-Kanal (welches ein Mitschnitt eines Interviews auf dem Nachrichtensender sky tg24 ist), dass die Prävention in vorherigen Regierungen kaum Beachtung fand (TikTok Video in Griffini/Montecchio 2023). Dabei meint Meloni mit Prävention nicht eine medizinische Vorbereitung vor dem Eingriff, sondern vielmehr eine Prävention von *Abtreibungen*. Potenziellen Müttern, die aufgrund von Armut oder fehlender sozialer Ressourcen eine Abtreibung in Betracht ziehen, will sie Möglichkeiten aufzeigen und somit eine Abtreibung präventiv verhindern. Sie folgt dabei ihrem Grundsatz (zukünftigen) Müttern zu helfen, welcher stark in ihrer Familienpolitik verankert ist. Meloni präsentiert sich hier als Verfechterin von Frauenrechten, indem sie nicht nur das Selbstbestimmungsrecht hinsichtlich der Abtreibungen untermauern und stärken, sondern ebenfalls die Gründe und Notlagen, die zur Abtreibung führen, mitberücksichtigen möchte. Bedenken der Opposition, den Paragraphen doch zu ändern, tut sie als „Fakenews“ (Meloni, zit. n. ebd.) ab. Was das Gesetz jedoch ebenfalls umfasst und worauf Meloni in ihren Statements vornehmlich nicht eingeht, dass der Eingriff von Ärzt:innen aufgrund von Gewissensgründen abgelehnt werden kann. Laut einer Mitteilung der Tagesschau von 2019, lag in diesem Jahr die Ablehnungsquote bei rund 70% (Trapp 2019). Durch den immer

stärker werdenden Einfluss rechter Parteien in Italien wie der Lega oder eben Fratelli d'Italia sowie der katholischen Kirche kann davon ausgegangen werden, dass die Ablehnungsquote weiter angestiegen ist, da der soziale Druck auf Ärzt:innen steigt. Meloni braucht somit nicht den Paragraphen 194 zu verschärfen oder abzuschaffen, da die italienische Infrastruktur zu einem legalen Schwangerschaftsabbruch bereits vor ihrem Amtsantritt als Ministerpräsidentin stark eingeschränkt war und Frauen der Zugang immens erschwert wurde.

Fazit

Meloni hat sich während ihrer Amtszeit immer wieder als Ministerpräsidentin für Frauen präsentiert. Dies wurde besonders an ihrer Eröffnungsrede deutlich, in der sie betonte, dass sie Politik auch als Frau und Mutter macht. Während die queerfeindlichen Maßnahmen ihrer Politik eindeutig von Beginn an sichtbar und spürbar waren, zeigen sich die misogynen Tendenzen ihrer Politik nicht immer offensichtlich. Klassische Felder feministischer Politik, wie hier am Beispiel reproduktiver Rechte veranschaulicht, werden von Meloni nicht als Angriffsfläche ihrer Politik markiert, sondern vielmehr für ihre Präsentation als ‚Politikerin für die Rechte der Frauen‘ genutzt. Dabei wird jedoch beim genaueren Hinschauen deutlich, dass lediglich ein Teil der Frauen in einer spezifischen Funktion innerhalb ihrer Politik adressiert werden: italienische Frauen als Mütter einer heteronormativen Kleinfamilie. Anhand von Melonis Politik veranschaulicht sich ein thematischer Wandel, welcher auch im Zusammenhang anderer antifeministischer Agitationen beobachtet werden konnte. Während vorher der Fokus antifeministischer Politiken auf der Bedrohung von Männern und Männlichkeit lag, wird nun die Gefahr der Abschaffung der traditionellen Familie proklamiert, und es werden Maßnahmen zum Erhalt dieser in den Mittelpunkt gerückt (Scheele 2016). Dies lässt sich auch anhand von Melonis Politik beobachten, da alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen ergriffen werden, um die heteronormative Familie zu unterstützen und zu schützen.

Literatur

Del Vayo, María Álvarez/**Belmonte**, Eva, 2019: Die Hälfte der europäischen Länder erhebt auf Damenbinden und Tampons die gleiche Mehrwertsteuer wie auf Tabak, Bier und Wein. Internet: https://www.europeandatajournalism.eu/de/cp_data_news/die-haelfte-der-europaeischen-laender-erhebt-auf-damenbinden-und-tampons-die-gleiche-mehrwertsteuer-wie-auf-tabak-bier-und-wein/ (13.2.2024).

Fratelli d'Italia, 2022: Parteiprogramm. Internet: https://www.fratelli-italia.it/programma/#de-arflip-df_84168/5/ (6.2.2024).

Gaweda, Barbara/**Siddi**, Marco, 2023: The 2022 Italian Elections and Gender+ Equality. In: *Femina Politica*. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. 32 (1), 120-124.

Governo Italiano, 2023: Comunicazioni in vista del Consiglio europeo del 26-27 ottobre, la replica alla Camera dei Deputati. Internet: <https://www.governo.it/it/articolo/comunicazioni-visita-del-consiglio-europeo-del-26-27-ottobre-la-replica-alla-camera-dei> (6.2.2024).

Griffini, Marianna/Montecchio, Laura, 2023: Giorgia Meloni's Ambiguity on Gender Rights. In: The Loop: ECPR (European Consortium for Political Research). Internet: <https://theloop.ecpr.eu/giorgia-melonis-ambiguity-on-gender-rights/> (6.2.2024).

Kluge, Anna E./Zagel, Hannah, 2023: Neue Menstruationspolitik in Spanien. In: *Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*. 32 (1), 124-127.

Scheele, Sebastian, 2016: Von Antifeminismus zu ‚Anti-Genderismus‘? Eine diskursive Verschiebung und ihre Hintergründe. Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin. Internet: www.gwi-boell.de/sites/default/files/uploads/2016/08/scheele_diskursive_verschiebung_antifeminismus.pdf (6.2.2024).

Trapp, Ellen, 2019: „Weltspiegel“ über Abtreibungen in Italien. „Zurück ins Mittelalter“. In: *tageschau*, 5.3.2019. Internet: <https://www.tagesschau.de/ausland/abtreibungen-italien-101.html> (6.2.2024).

X (vormals Twitter), 2023: Beitrag von Fratelli d'Italia. Internet: <https://twitter.com/FratellidItalia/status/1717217521927913704> (6.2.2024).

X (vormals Twitter), 2019: Beitrag Laura Boldrini. Internet: https://twitter.com/lauraboldrini/status/1193918638211948544?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1193918638211948544%7Ctwgr%5Ed1c86df53fbfedc5df3ef3c411fbae58d407de51%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Fwww.openonline%2F2019%2F11%2F11%2Fboldrini-presenta-un-emendamento-per-ridurre-al-10-iva-sugli-assorbenti-beni-di-lusso-no-una-necessita%2F (13.2.2024).

Anmerkung

- 1 2019 lag beispielsweise der Steuersatz für Menstruationsprodukte in Ungarn bei 27% und in Schweden, Dänemark und Kroatien bei 25% (Del Vayo/Belmonte 2019).